

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftsberater, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat frei Haus 2 RM (halbjährlich 1 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Bezahlungsgebot) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt, Geschäftsstelle und Expedition: Am Bahnhofstr. 2 / Fernsprech-Sammelnummer 17259 / Polizeidienst Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel / Herausgabe: Dresden-Altstadtbahnhofstr. 2 / Herausf.: Amt Dresden Nr. 17259 / Druckereif.: "Arbeiterstimme", Dresden / Sprechzettel der Sektionsleitung: Wochentags nachm. 3—5 Uhr (außer Sonnabends)

Abgabepreis: Die neuromal gehaltene Sonderabteilung oder deren Raum 0,30 RM, für Familienangebote 0,20 RM, für die Heimzeile anschließend an den dreigeschalteten Zeitteil 1,25 RM. Abgabenzahlung bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition Dresden-Altstadt, Bahnhofstr. 2 / Die "Arbeiterstimme" erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen / Im Falle höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Bezahlung des Bezugspreises

2. Jahrgang

Dresden, Freitag den 12. März 1926

Nummer 60

Zerstört den Kampf!

Gehört noch einige hunderttausend Stimmen Müßt die letzten Tage

Nach dem bisher erreichbaren ungelösten Angaben haben wir in Dresden bisher circa 60—85 000 Wähler eingetragen. Da es nach schon gelungen ist, damit eine ganz ansehnliche Zahl Stimmen aufzubringen, so genügt das aber nicht. Zumindest noch 100 000 Stimmen müssen aufgebracht werden. Die Stellen um einen empfindlichen Schlag erhalten.

Samstag und Sonntag müssen alle Mann an die Arbeit. Jeden morgen jeden Kollegen im Betrieb, ob er sich schon eingetragen hat. Jeder Wahlbar muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß es seine Pflicht ist, sich sofort mit in die Liste gegen die Führer der Nazis einzutragen. Es gilt die 3 Minuten, die das habgierige Fürstenvolk räumen will, für die entzündlichen Wahlen zu erhalten, es gilt, den Reaktionären einen entzündlichen Schlag zu versetzen. 100 000 Stimmen in Dresden, weitere hunderttausend in Sachsen, das ist die Aufgabe der letzten Tage. Schon haben die letzten Tage einen Ausschwung der Beteiligung gebracht. Verstärkt die Kampagne für reitere Beteiligung.

Die Beteiligung an der Einzeichnung in den Verwaltungsbezirken Berlin hat sich gestern gegenüber Mittwoch erheblich erhöht. Es dürften 2 Millionen Stimmen erreicht sein.

Hannover: Gestern trugen sich 10 000 neue Wähler ein, die Beteiligung beträgt nunmehr 63 000.

Dortmund: Die Zahlen im Ruhrgebiet steigen weiter. Dortmund mit 10 000 zu 18 000 Stimmen.

Saale: Die Einzeichnungen haben sich auf ungefähr 22 000

steigergemeldet. Bisher wurden 18 000 Stimmen abgegeben.

Bogeburg: Die Beteiligung, vor allem auf dem Lande, ist in Bochum-Borsigstadt zweit neuer Einzeichnungslokalität gestiegen. Hier wählen vor allem Landarbeiter der zugehörigen Orte. Die Zahl der Einzeichnungen bis Mittwoch war 10 000.

Ulm: Am Mittwoch wurden 13 257 neue Eintragungen verzeichnet, damit steht die Gesamtzahl auf 82 863.

In Karlsruhe trugen sich gestern 11 500, in Heidelberg 7000 ein.

Hamburg: Am Mittwoch wurden 16 700 neue Stimmen abgegeben, damit steht die Gesamtzahl auf 113 000. In Altona trugen sich am Mittwoch 2900 Wähler ein, die Gesamtzahl beträgt nunmehr 22 000. In Wandsbek trugen sich am Mittwoch 915 ein, Gesamtzahl beträgt 4321.

Gewerkschafter heraus!

Der Kreisausschuß des ADGB erläutert einen Aufruf, der vom Delsauschluß des ADGB, also und Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes unterschrieben ist, in dem er sich für entschädigungslose Enteignung der Fürsten einlegt und die werktätige Bevölkerung Berlins auferfordert, sich reislos in die Einzeichnungslisten für das Volksbegehr einzutragen.

Gewerkschafter Dresdens! Folgt der Aufforderung. Kein organisierte Arbeiter darf bei der Einzeichnung fehlen.

Demokraten gegen ihren Parteibeschluß

Für die Enteignung der Fürsten!

Berlin, 12. März. (Eigener Drahtbericht.) Trotzdem die Kochleie im demokratischen Parteiausschuß den Beschluß gegen das Volksbegehr durchgesetzt haben, können sich die früheren demokratischen Wähler nicht darum. Die demokratische "Berliner Volkszeitung" lädt noch wie vor fort, für das Volksbegehr Propaganda zu machen. Sie wies gestern darauf hin, daß bei der Beurteilung der Stellungnahme des demokratischen Parteibeschlusses zu beachten sei, daß die Beratungen auf einen Werdegang verlegt wurden, wo von vornherein zu erwarten war, daß dieser Beschluß aus dem Kellerei verhältnismäßig leicht ausfallen wird. Dadurch seien die Stimmen der um die Partezentrale Gruppierungen stärker ins Gewicht gefallen, das heißt also, daß der Beschluß des Parteivorstandes ausdrücklich durch Schiebung zustandegekommen ist und daß die demokratischen Wähler in keiner Weise an einen solchen Beschluß gebunden sind.

Groß-Alarm!

Die vorliegenden Neuigkeiten aus dem Bezirk Sachsen zulasten der Führer gilt, noch hunderttausend Wähler für die Eintragung freizuhalten. In Dresden hatte die SPD. und KPD. bei der ersten Wähltagswahl insgesamt 159 000 Stimmen. Das vorliegende Resultat zeigt, daß unbedingt bis zum 17. März allein in Dresden noch 100 000 Stimmen aufgebracht werden müssen. Satz für unteren Parteileitungen ist es, die kurze Zeit zu nutzen, um noch viel fröhlicher wie bisher diese Kampagne fortzuführen.

Für den kommenden Sonntag ist Groß-Alarm.

Die gesamte Mitgliedschaft muß reislos für die Arbeit vorbereitet werden. Alle Sympathisierenden, dem Sicherheitskomitee zugehörigen Organisationen, müssen durch aktive Arbeit helfen, den Raubzug der Fürsten abzuwehren.

Die Bezirksleitung fordert auf, am 14. März im ganzen Bezirk durchzuführen:

1. Hausagitation und Schlepperdienst.
2. Landdagitation.
3. Dienst vor den Eintragungslokalen.
4. Strafanagitation (Transparente und Postkarten).
5. Geldsammelungen.

Alle Mitglieder der Partei, der Jugend, des ADGB, RZGB, KZGB, sowie die Sympathisierenden treffen sich vormittags 9 Uhr in den Eintragungslokalen.

Diese Anweisungen gelten für diejenigen, die nicht durch ihre Organisation zu speziellen Arbeiten bestimmt sind.

Die Leitung im Agitationslokal übernimmt ein Genosse der Zentralgruppenleitung. Er muß feststellen, welche Genossen anwesend sind. Soweit die Genossen nicht zur Landdagitation abkommandiert sind, müssen sie zur Arbeit herangeholt werden. Dieses Pflicht ist verpflichtet, in seinem Hause alle Sympathisierenden bereits am Sonnabend zur Mitarbeit aufzufordern und sie in das Agitationslokal mitzunehmen, besonders die Mitglieder der dem Einheitskomitee angehörenden Organisationen.

Die Arbeitsverteilung erfolgt durch den Leiter des Agitationssolos. So muß darauf geachtet werden, daß die Genossen eine unruhige Zeit im Voral verweilen, sondern alle haben draußen zu arbeiten.

Jeder der Hausagitation und Schlepperdienst verrichtet, bevor er zu arbeiten, Sonntagskasse handelt. Mit diesem Ma-

Erhöhte Tätigkeit

Gesamtteil an die Nebel!

Im ganzen Reich zeigt sich eine starke Beteiligung gegen den Raubzug der ehemaligen Fürsten. Bis weit in die Massen der Mittelschichten, der demokratischen und Zentrumsanhänger ist die Empörung über die Forderung der Fürsten ungeheuer. Von einer Anzahl kleiner und mittlerer Orte wird gemeldet, daß die Einzeichnungen schon von 90 Prozent der Wahlberechtigten durchgeführt worden sind. In den Großstädten macht sich aber noch vielfach die Wirkung der Sabotage der Behörden, der Mangel an Einzeichnungslöschen und leider auch hier und da noch das Wetter bemerkbar. Unsere Genossen müssen durch eine stärkere Aktivität die Bewegung für die Einzeichnung steigern. Noch sind 6 Tage bis zum Abschluß des Einzeichnungstermins. Diese 6 Tage gehören restlos der Bewegung. Es kann und darf keinen Genossen geben, der an diesen Tagen nicht seine ganze Kraft in den Dienst der Bewegung stellt. Die Berichte aus den letzten Tagen sind überall bedeutend günstiger geworden. In Dresden betrug die Einzeichnung am Mittwoch rund 15 000, in Berlin wurden am 10. d. M. 73 886 Eintragungen gezählt. In Hamburg marschierten am Mittwoch gar 95 000 auf. In diesem einen Tage wurden in Groß-Hamburg mit den Vororten 140 000 Eintragungen gezählt. Die Antwort an die Fürsten ist schon sehr deutlich, aber noch nicht deutlich genug. An der Parteimitgliedschaft liegt es, die Bewegung zu verstetigen. Die Gelegenheit für unsere Parteidynamik, die Massen der Werktätigen, die gewollten Kleinbürger auf eine Bahn zu führen, wo sie lernen, ihre Klassenfeinde zu erkennen, muß wahrgenommen werden. Gerade diese Seite der Bewegung ist für das gesamte Proletariat so ungeheuer wichtig, daß unsere Genossen jede Stunde opfern müssen, um die anzutun.

Wir dürfen die Bemühungen unserer Gegner auch nicht übersehen. Die Regierungsparteien haben das Komprormißgebot vorgelegt, das Verwirrung in die Reihen tragen soll. Der demokratische Parteiausschuß nahm Stellung gegen die Enteignung. Was jedoch wichtig ist: die Mitglieder sind dafür. Unter den Mitgliedern des Zentrums und in den katholischen Kreisen insgesamt ergibt die Bewegung die breiten Massen. In Braunschweig bei Dortmund zogen am Sonntag die katholischen Kirchenbesucher aus der Kirche Mann für Mann in das Einzeichnungslösal. Der Kaplan Engels hatte den Mitgliedern des katholischen Arbeitvereins in einem Vortrag die Zustimmung freigestellt. Auch in Bremen zogen die Kirchenbesucher aus der Kirche zur Eintragung. In Werden beschloß das Kartell der christlichen Gewerkschaften einen Aufruf für die Enteignung der Fürsten. In Bremen erhoben die Zentrumsanhänger heftige Anklagen gegen die Zentrumsaktion. Selbst im reaktionären Herrschaftsland Bayern geht die Bewegung für die Enteignung gewaltig vorwärts. Besonders die armen Bauern marschieren auf. Der Bauernbund ist gezogen, Aufforderungen zur Einzeichnung ergehen zu lassen. In Stuttgart fand eine gewaltige Demonstration von 14 000 Personen statt.

Der hohe Alarm steht in dem Kampf, wie immer natürlich, auf Seiten der Fürsten. Der Passauer Bischof erließ eine Kundgebung, in der er die Beteiligung am Volksbegehr als eine Verschwörung erklärt. Die Kirchenfürsten halten es mit ihren weltlichen Freunden. Es war wohl keine Sünde, als man den kleinen Sparen die letzten Pfennige klaut, als man die Arbeiter mit wertlosem Papiergeld bezahlte? Es ist wohl keine Sünde, wenn habgierige Fürsten aus einem verarmten, hungrigen Volke 3 Milliarden herauszupressen gedenken? Die werktätigen Männer müssen und werden den Verteidigern der Raubfürsten und den Fürsten selbst die gebührende Antwort erteilen.

Für die letzten Tage — 8 Tage sind noch Zeit — muß alles auf die Beine gebracht werden. Die Partei muß ihre höchste Aktivität entfalten. Die Massenbeteiligung am Volksbegehr muß die Pläne der Kapitalisten durchkreuzen.

Gestern verhandelte der Landtag über die Belastung der Witter mit einer Wittersteuer von 180 Millionen Mark. Am Montag schenkt die reaktionäre Mehrheit des Reichstages den Kapitalisten Hunderte von Millionen. Die sächsischen Industriellen stellen ihr neues Unterdrückungsprogramm auf. Im Reichstag organisierten die Deutschen Nationalen einen neuen Vortrag für die Monarchie. Die Gewerkschaftsunterstützung bleibt minimal. Die Polizei wird gegen die Arbeiter gehext.

Die Aktivität unserer Genossen wird alle Pläne der Kapitalisten, wird den Raubzug der Fürsten zuhanden machen.

Alle Mann an die Arbeit!

Geht dem Programm der Bezirksleitung.

Strassenagitator

Werbekräfte mit Musikanstrumenten müssen auf den Straßen und Plätzen kurze Ansprachen an die Bevölkerung halten. Die zur Verfügung stehenden Volksautos erhalten ihre Anweisungen von der Bezirksleitung. Die Bezirksgruppen müssen auch andere Agitationsmöglichkeiten einfließen, kleine Wagen, Sprechzettel. Das Straßenbild muß mehr belebt werden.

Am Sonntag, den 14. März, rote Fahnen heraus.

Genossen! Es gilt, am 14. März die gesamte Organisation zu mobilisieren. Über 100 000 Stimmen müssen am Sonntag gewonnen werden. Darum höchste Alarm. Jeder an seinen Posten.

Bezirksleitung der KPD. Sachsen.